nunciamentos nicht mehr. So wird man doch endlich auch einmal für eine gute That belohnt. Es ist selten genug.

Das glücklichere Neue Wiener Tagblatt, dem die Gnade des Gewaltigen einstweilen noch lächelt, schreibt:

„Herr Ludwig Fulda, der Autor des vielbesprochenen „Talisman", schreibt uns, daß er in Folge des von dem Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Max Neuda erhaltenen Gutachtens von der angekündigten Klage gegen die Direction des Burgtheaters Abstand nimmt und die Angelegenheit für abgeschlossen hält. Herr Fulda sendet uns gleichzeitig eine Abschrift dieses Gutachtens, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Im Besitze Ihrer werthen Zuschrift und der zwischen Ihnen und dem Herrn Director des k. k. Hofburgtheaters gepflogenen Correspondenz kann ich leider Ihrem Wunsche, gegen die Direction mit einer gerichtlichen Klage vorzugehen, aus dem Grunde nicht entsprechen, weil bei dem derzeitigen Stande unserer Gesetzgebung ein günstiger Ausgang des Processes nicht zu erhoffen ist. Ich würdige Ihre Empfindung, aus der heraus Sie seinerzeit die öffentliche Erklärung abgaben, Ihren Conflict mit Herrn Director Burckhard den österreichischen Richtern zur Beurtheilung zu unterbreiten. Wenn ich als Rechtsanwalt bei Erwägung der rechtlichen Seite der Frage erachte, daß ich Ihren Erwartungen nicht gerecht zu werden vermag, so erfülle ich nur meine Pflicht, indem ich dies offen aussprechе und Ihnen von der Durchführung Ihrer Absicht abrathe."

Es folgt nun der Briefwechsel zwischen den beiden Parteien, und Dr. Neuda fährt dann fort:

„Wenn der Herr Director Burckhard jemals an eine Zurücksetzung seines Hofburgtheaters von Ihrer Seite geglaubt hätte, Ihr Schreiben mußte diesen Glauben bannen, sowie es dem Burgtheater auch alsdann volle Genugthuung gab, wenn wirklich, wie Sie sich so richtig ausdrücken, „schon die bloße Bekanntgabe eines Wunsches etwas Sündhaftes war". Als jedoch statt dessen der interne Streit von Wien aus (?) der Oeffentlichkeit überantwortet wurde, wehrten Sie sich brieflich am 4. Januar 1893 gegen die Ihnen zugedachte unbegründete Maßregelung und erklärten, es der Standesehre des deutschen Schriftthums schuldig zu sein, mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen dieselbe anzukämpfen ... Der Revers legt dem Director des Burgtheaters nur die Verpflichtung auf, im Falle einer Aufführung von dem Einkommen des Theaters eine Tantième an den Verfasser auszuzahlen, verpflichtet ihn aber nicht, ein angenommenes Stück auch aufzuführen. Für Sie, der Sie den Revers unterschrieben haben, besteht keine Hoffnung, im Processe obzusiegen. Der Proceß aber würde Sie, ganz abgesehen von den Auslagen, überdies höchstlich benachtheiligen, denn während seines Verlaufes dürften Sie über Ihr Werk zur Wahrung Ihres Rechtsstandpunktes nicht anderweitig für Wien verfügen."

Aus dem Processe, den Herr Ludwig Fulda so majestätisch versprochen hatte, wird also nichts. Hoffentlich hält er wenigstens das andere Versprechen. Er ist es wirklich seiner Ehre schuldig, dem Burgtheater seine Werke künftig zu versagen.

H. B.

— Erzherzog Karl Ludwig beehrte die gestrige Vorstellung im Carl-Theater mit seinem Besuche. Zur Darstellung gelangte als siebentes Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer „Madame Mongodin".

— Das von den Philharmonikern unter der Leitung des Hofcapellmeisters Hans Richter alljährlich zu Gunsten des Vereines „Nicolai", Krankenkasse der Mitglieder des Hofopernorchesters, statutenmäßig veranstaltete Concert findet Sonntag den 19. d. um halb 1 Uhr Mittags im großen Musikvereinssaale statt, und gelangen folgende Werke zur Aufführung: R. Wagner, Ouverture zu „Die Feen" (erste Aufführung in Wien); E. Lalo, Rhapsodie (erste Aufführung in Wien); G. Franchetti, Clavierconcert, vorgetragen vom Componisten (erste Aufführung in Wien); J. Svendsen, „Karneval in Paris" (erste Aufführung in Wien); J. Haydn, Symphonie („Die Uhr"). Der Kartenverkauf erfolgt ausschließlich in der Musikalienhandlung Em. Berté und Comp., 1. Bezirk, Kärntnerring Nr. 6, und zwar für Stifter, Gründer und unterstützende Mitglieder der Gesellschaft der Musikfreunde gegen Vorweisung der Legitimationskarte vom 9. bis inclusive 11. d. Das freie Bezugsrecht der den beitragenden Mitgliedern des Vereines „Nicolai" statutenmäßig zugesicherten Sitze kann gegen Vorweisung der Vereins-Legitimationskarte am 13. d. ausgeübt werden. Der allgemeine Verkauf beginnt am 14. d. Die Kartenausgabe erfolgt täglich (mit Ausnahme des Sonntags) von 9 bis 1 Uhr.

Arbeiterbewegung.

Wien, 7. Februar.

Gestern fand in Mandel's Saallocalitäten ein Congreß der Bekleidungsindustriearbeiter mit Einschluß der Friseure statt betreffs Stellungnahme zum englischen internationalen Gewerkschafts-Congreß und zum Züricher socialistischen Congreß. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, entsprechend der eingebrachten Resolution den Züricher Congreß zu beschicken. Hierauf wurde der von den Handelskammern an die Genossenschaften ausgegebene Fragebogen betreffend das Lehrlingswesen, den Arbeiterschutz, das Sitzgesellenwesen besprochen. Der Referent Leißner trat für staatliche Lehrwerkstätten ein. — Gollein forderte, daß die Betriebe den Nachweis liefern sollen, ob sie im Stande sind, das sachliche Wissen den Lehrlingen beizubringen. Damit wäre mehr gedient als mit dem heutigen Befähigungsnachweis. — Nachdem noch mehrere Redner in ähnlichem Sinne gesprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

Gestern fand im Hotel „zur goldenen Birne" eine massenhaft besuchte Versammlung des Freilandvereins statt, in der Dr. Theodor Hertzka die Stellung seiner Fraction zu den Socialdemokraten präcisirte. Die Freilander wollten ebenso wie die Socialdemokraten eine neue Gesellschaftsordnung; aber eine auf Freiheit beruhende. Die bürgerliche Welt proclamire freiheitliche Principien, die sie aber nicht durchführe, die Socialdemokraten setzen jedoch an die Stelle der Freiheit die Gewalt, sie hätten kein positives Programm, wie neuestens die Socialistendebatte in Berlin beweise. Es müsse Klarheit herrschen betreffs des Neubaues der Gesellschaft wenigstens im Geiste, bevor man die alte niederreiße. Zwei Socialdemokraten suchten ihre Partei zu rechtfertigen. Nach einer Erwiderung Herzka's polemisirten noch der Arbeiterführer Alois Gollein und Dr. Alois Pollak gegen die orthodoxe Socialdemokratie. Hierauf schloß der Vorsitzende Kreuzig die Versammlung.

Das Regierungsprogramm.

Wien, 7. Februar.

Abgeordneter Wrabetz über die Lage.

In der Restauration „zur goldenen Schlange" hielt heute Abends der Verein der Verfassungsfreunde im 7. Bezirke unter dem Vorsitze des Gemeinderathes Taubler seine zahlreich besuchte diesjährige Generalversammlung ab, welcher auch Bezirksvorsteher Weidinger, Vorsteher-Stellvertreter Granadia und Stadtrath Dr. Vogler beiwohnten.

Reichsraths-Abgeordneter Wrabetz, welcher, lebhaft acclamirt, das Wort ergriff, constatirt zunächst, daß das mit so großem Applomb angekündigte und mit intensiver Spannung erwartete Programm alle berechtigten Erwartungen enttäuscht habe und eigentlich nur eine Variation der Thronrede darstelle. Es enthalte theilweise Selbstverständliches, dann gewisse Versprechungen, welche erst dann Werth erlangen, wenn man die Art ihrer Durchführung genau kennt, und endlich einen matten politischen Theil, der in Concessionen an die Clericalen gipfelt. (Zustimmung.)

Wrabetz kritisirt hierauf Punkt für Punkt das Programm der Regierung und bezeichnet es als maßgebendstes Kriterion desselben, daß jedem entschiedenen Satze diplomatische Einschränkungen und Verclausulirungen folgen. Nicht jede Zusammenschweißung irgendwelcher parlamentarischer Parteien sei durchführbar, nie können die freisinnigen Deutschen mit den Reactionären und Clericalen aller Nationalitäten Hand in Hand gehen. Sehr gut denkbar wäre ein Pact der fortschrittlichen Deutschen und fortschrittlichen Tschechen, welcher aber durch die übertriebenen nationalen Aspirationen der letzteren verhindert wird. Was das Versprechen des Festhaltens an der Verfassung und dem staatsrechtlichen Verhältnisse zu Ungarn betrifft, so werde daran wohl auf lange Zeit hinaus jede Regierung festhalten müssen, aber es hätte den Eindruck größerer Aufrichtigkeit gemacht, wenn dieser Standpunkt nicht nach mehrwöchentlichem Zögern, sondern spontan unmittelbar nach der Rede des Prinzen Schwarzenberg bekannt geworden wäre. Redner bemängelt, daß in dem Programm jede Andeutung über den deutschböhmischen Ausgleich fehlt und verwirft entschieden die angedeuteten Concessionen auf dem Gebiete der Volksschule. Gerade in dieser Hinsicht werde die deutschfortschrittliche Partei keine Zugeständnisse machen, und wenn diese Partei seitens socialdemokratischer Führer beschuldigt wird, die Schule an die Clericalen verkauft zu haben, so liege in solchen Angriffen eine unqualificirbare, böswillige Verleumdung. (Anhaltender Beifall.)

Mit Befriedigung könne man die Zusicherung begrüßt werden, daß die Regierung der Verbezung auf confessionellem Gebiete entgegentreten wolle, eine Aufgabe, deren sie sich allerdings bis jetzt nicht bewußt gewesen zu scheint. Allerdings wird erst abzuwarten sein, in welcher Weise die Regierung dieses Versprechen realisiren will. Im Ganzen müsse gesagt werden, daß keine Partei ohne Verleugnung ihrer Principien diesem Programme beistimmen konnte, und das präge sich in der allgemein ablehnenden Haltung aus.

Abgeordneter Wrabetz warnt schließlich angesichts der allenthalben lauernden Reaction vor extremen Schritten. Eine starre Opposition sei umsoweniger am Platze, als es sich in nächster Zeit um die Erledigung einer Anzahl wirthschaftlicher Gesetze handelt, deren Durchführung im Interesse der Gesammtbevölkerung liegt. Derzeit sei in der Wahl zwischen Reaction und dem Regierungsprogramme letzteres als das kleinere Uebel anzusehen und man müsse erst abwarten, wie die Regierung die Durchführung ihrer Versprechungen auffaßt. (Langanhaltender Beifall.)

Die Versammlung schloß mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Der Verein der Verfassungsfreunde erblickt in der Ablehnung der von der Regierung angebahnten Coalition der drei großen parlamentarischen Parteien seitens der Vereinigten Deutschen Linken nur die naturgemäße Consequenz des Inhaltes des Regierungsprogrammes. Der Verein spricht die Ueberzeugung aus, daß eine unbedingte Zustimmung zu diesem Programme seitens der Vereinigten Deutschen Linken ohne Verleugnung der Grundprincipien dieser Partei nicht möglich ist, und billigt angesichts der Schwierigkeit der parlamentarischen Lage die zuwartende Haltung der Partei, erwartet jedoch zuversichtlich, daß dieselbe jedem Bestreben, die freiheitliche Entwicklung nach welcher Richtung immer einzuschränken, mit aller Entschiedenheit entgegentreten wird."

* * *

Die Haltung Steinwender's.

In einer heute im Restaurationssaale „zur goldenen Birne" abgehaltenen Versammlung des Deutschen Vereins, der die Abgeordneten Prade, Richter, Brettner, Kindermann von der Deutschnationalen Vereinigung und Vergelt von der Linken beiwohnten, sprach Vereinsobmann Reichsraths-Abgeordneter Dr. Steinwender über das neue Regierungsprogramm. Wenn man bedenkt, führte der Vortragende einleitend aus, welch lange Zeit die Berathungen des neuen Programms erfordert haben, daß selbst die Verhandlungen des Reichsrathes derentwegen sistirt werden mußten, dann muß man über das, was da zustande gekommen, erstaunt sein. Wenn es der Regierung darum zu thun gewesen wäre, etwas Concretes zu schaffen, dann hätte der Absatz wirthschaftlichen Fragen präciser lauten müssen. Selbstverständlich sei der Passus bezüglich der äußeren Politik; nicht vom Parlament, nicht vom Ministerpräsidenten könne diese beeinflußt werden. Die Integrität des ungarischen Ausgleiches sei über jeden parlamentarischen Zwischenfall erhaben, und eine Regierung, die auf die Verfassung geschworen, könne an den Grundfesten derselben nicht rütteln. Inhaltlich seien alle diese Sachen selbstverständlich. Allerdings komme die Regierung durch die Hervorhebung dieser Punkte der Linken entgegen, und setze sich mit der Rechten in Conflict; dieser sei nicht ernst zu nehmen. Was die Regelung der Sprachenfrage betreffe, so sei die Verscherung der Regierung, wie sie in dem Programm enthalten, werthlos; diese Versicherung sei lediglich platonisch. Von Bedeutung wäre es, wenn es im Programm hieße, die Regierung werde jede Aenderung des Besitzstandes festhalten; so solle aber an nichts Anderem festgehalten werden als an der bisherigen Praxis, und damit werde den Deutschen kein Gefallen erwiesen. Gegen diesen Satz hätte die Linke protestiren müssen. Bedeutungslos sei der Passus gegen den Antisemitismus, denn die Regierung habe ja Verbezungen bisher auch nicht geduldet. Mit diesem Passus wird der Linken ein Wechselbalg in die Wiege gelegt, denn er soll darthun, daß es der Linken darum zu thun sei, daß den Juden nichts geschehe. (Heiterkeit.) Bemerkenswerth sei das Entgegenkommen hinsichtlich der Schule; die Clericalen haben den größten Augen aus der ganzen Campagne gezogen, nur zeigen sie sich unersättlich, während Andere, kaum daß man ihnen einen Finger zeige, schon sich in lauten Dankesbezeigungen ergehen; so dünklich und so klar habe die Regierung noch nie zu den Clericalen gesprochen wie in dem Programm.

In praktischer Beziehung sei das Programm gleich Null werth. Die Polen werden in demselben übergangen, das sei charakteristisch, die Linke werde mit Höflichkeit behandelt, die Rechte habe nach einigen verwendenden Worten verheißenden Trost erhalten, und habe das nicht, die Regierung seinerzeit an die Erfüllung ihrer Versprechen zu mahnen. — Gras Taaffe stehe wieder vor dem status quo, nur vor dem status quo ameliore; jetzt könne er den Parteien die Schuld an dem Scheitern der Majoritätsbildung zuschreiben und so fortwirthschaften wie bisher. Unbegreiflich sei es nur, wie die Linke sich zu dem ganzen Spiel hergeben konnte, da von vornherein eine Coalition mit dem Hohenwart-Club ausgeschlossen gewesen sei. Eine Majorität wäre nur mit Hilfe der Linken und de: Polen möglich; diese wollen aber jetzt ihre vortheilhafte Stellung nicht aufgeben. Von einem Programm zwischen so einander entgegengesetzten Parteien, wie es die hier in Frage stehenden sind, könne keine Rede sein, darum wird die Nationalpartei keinen Grund haben, von ihrem Programm abzulassen. Sie wird ihre Mühe darauf verwenden, die Consequenzen aus dem Ganzen zu ziehen, und wie es die Nothwendigkeit ergebe, gegen oder für die Regierung stimmen. Die Unabhängigkeit sei die Pflicht jeder Volkspartei; diese Auffassung gebe aus der Geschichte des verunglückten Programms hervor, und sie bekräftige die Stellung der Nationalpartei, die nicht à tout prix die Regierung bekämpft, sondern ihre Selbstständigkeit wahrt.

Gerichtssaal.

Wien, 7. Februar. [Eig.-Ber] (Proceß Terkel Diefenbach.) Auf Ansuchen des Klägers, des Directors des Oesterreichischen Kunstvereines Regierungsrath Terke, wurde die Verhandlung in der Ehrenbeleidigungsklage gegen den Maler Diefenbach und dessen Vertreter Dr. Karl Auczicza, die morgen (8. Februar) Vormittags hätte stattfinden sollen, neuerlich und zwar für den 22. März vertagt.

(**Neue Notariatskanzlei**.) Dr. Emerich Herlinger hat seine Notariatskanzlei in Wien, 1. Bezirk, Kärntnerstraße Nr. 21, eröffnet.

Briefkasten der Schriftleitung.

Herrn Julius Schw....b...r: Wir müssen bezüglich Ihrer Anfrage über das Raimund-Theater erst Erkundigungen einziehen. Vielleicht können wir Ihnen morgen an dieser Stelle Auskunft geben. Wir glauben kein Wort von der Geschichte!

O. M. und F. B. in D.: Beide haben Recht. Mit dem Namen eines Strommessers oder Pegometers bezeichnet man sowohl ein Instrument zur Messung der Geschwindigkeit des Wassers im Strom, als auch jene, Pegel genannten Vorrichtungen an Brücken, welche die Höhe des Wasserstandes anzeigen.

Herrn J. G. in Joachimsthal: Bereits Folge geleistet.

Herrn Peter Brugger, Lehrer in Kellerberg: Von Ihren Losen ist keines gezogen worden. Die Absicht des Familienvaters, dessen vier Kinder hungern, ist Karl Spitzle, Währing, Josefgasse Nr. 32.

Herrn C. L. S. in W.: Von Ihren Losen sind nachstehende gezogen: Credit-Los Nr. 4103 C. 87 am 1. September 1892 mit 180 fl., Rudolfs-Los Nr. 2974 Nr. 32 am 1. October 1889 mit 11 fl. 70 kr., Innsbrucker Los Nr. 17498 am 7. Januar 1890 mit 28 fl. 50 kr.

Herrn W. B. in Olbersdorf: Der Zeitschrift L'Avenir des Travailleurs ist unseres Wissens in Oesterreich das Postdebit nicht entzogen.

„Ein Leser 1893": Wir haben Ihr Schreiben mit großem Interesse gelesen und wünschen Ihnen den besten Erfolg, wiewohl wir einen gelinden Zweifel an einem solchen nicht unterdrücken können.

Frau G. H. in B.: Die unter dem Pseudonym Emil Marriot schreibende Schriftstellerin Emilie Mataja ist nicht, wie es in dem von Ihnen citirten, von Unrichtigkeiten strotzenden Machwerk heißt, die Gattin, sondern die Schwester des Docenten Dr. Victor Mataja.

Drb. M.: Besten Dank für Ihre Anregung, deren inneren Werth wir voll anerkennen. Wir glauben jedoch, daß die gegenwärtigen Strömungen und unablässigen Kämpfe die Verwirklichung erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Wir kommen auf die Sache zurück.

Johannes S., Lehrer: Besten Dank für Ihre hübsche Einsendung, die wir zum Theil verwerthet haben.

Nachtrag.

Wien, 7. Februar.

Die Donau ausgetreten.

In später Abendstunde kommt uns die Nachricht zu, daß die Donau in der Nähe von Pöchlarn und Marbach aus ihren Ufern getreten sei. Marbach sei drei Meter hoch überschwemmt.

Ein Berichterstatter, welcher von uns ins Rathhaus entsendet wurde, erhielt auf dem Stadthauamt folgende Auskünfte. Die Donau ist jedenfalls in Folge der bei Pöchlarn sich stauenden riesigen Eismassen ausgetreten. Die Eisblöcke und Schollen haben sich dort dermaßen angehäuft, daß selbst bei dem Auslaufe der Erlauf das Wasser in dieselbe zurückgedrängt wird. Der Eisstoß hat sich nur um Weniges gegen Wien vorgeschoben.

* * *

2 Uhr Nachts.

Soeben kommt uns aus Marbach von geschätzter Seite nachstehende Drahtnachricht zu:

Der Eisstoß hat sich, gegen Ybbs vorbauend, in Marbach-Pöchlarn gestaut, so daß die genannten Orte mehr als meterhoch überschwemmt sind.

Am Sonntag Abends fand in Marbach ein so schnelles Steigen des Wassers statt, daß sich in vielen Häusern die Menschen nur mit fremder Hilfe retten konnten; ihre Wohnungen waren sammt Einrichtung dem Hochwasser preisgegeben.

Die Straße ist sowohl nach Persenbeug als auch nach Weitenegg unfahrbar; die Endpostverbindung ist über Zwettl und Ottenschlag hergestellt.

Sturm im ungarischen Abgeordnetenhause.

Budapest, 7. Februar. Am Schlusse der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erbat sich Abgeordneter Issekutz die Erlaubniß, wegen vorgerückter Stunde erst morgen sprechen zu dürfen. Die Rechte bestand jedoch darauf, daß Issekutz noch heute spreche. Es kam nunmehr zu langere Zeit andauernden lärmenden Scenen, während welcher die Opposition beantragte, es solle darüber, ob Issekutz heute sprechen solle oder nicht, morgen abgestimmt werden.

Da der Präsident erklärte, sich vor dieser unrichtigen und schlechten Praxis beugen zu müssen, lärmte die Opposition aufs Neue. Es entspann sich nunmehr eine lärmende Debatte über die Hausordnung, als deren Ergebniß der Präsident den Beschluß verkündete, daß das Haus morgen darüber beschließen werde, ob Issekutz heute sprechen solle oder nicht.

Vergeblich bemühte sich der Justizminister nachzuweisen, daß die citirten Paragraphen der Hausordnung